Presseinformation

28. Juni 2016

Androsch und Prucher zur „Grundversorgung in Niederösterreich"

Aktuell rund 15.000 Asylwerber in Niederösterreich untergebracht

Die Grundversorgung für hilfsbedürftige und schutzbedürftige Fremde in Niederösterreich stand im Mittelpunkt einer Pressekonferenz, die am heutigen Dienstag in St. Pölten stattfand. Landesrat Ing. Maurice Androsch, Landespolizeidirektor Hofrat Mag. Dr. Franz Prucher und Landespolizeidirektor-Stellvertreter Dr. Rudolf Slamanig informierten dabei über Inhalte und Ziele der „Sicherheitsplattform" und über aktuelle Fragen.

„Es gibt eine enge Zusammenarbeit zwischen der Polizei und dem Land Niederösterreich und wir bereiten uns bestens auf die Herausforderungen vor. Aktuell sind rund 15.000 Asylwerber in Niederösterreich untergebracht", so Landesrat Androsch. Etwa 77 Prozent der Gemeinden würden sich bereits an der Unterbringung der Flüchtlinge beteiligen, mit vielen weiteren Bürgermeistern seien bereits gute Gespräche geführt worden, informierte er. Die meisten Personen würden aus Afghanistan, dem Iran, Irak, Pakistan, Syrien bzw. Afrika kommen. Darunter seien auch 1.400 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, so der Landesrat weiter. In diesem Zusammenhang gelte es allen zu danken, „die sich an der Unterbringung und Unterstützung der Flüchtlinge beteiligen und damit die Integration massiv erleichtern", nannte er alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, die vielen Freiwilligen, die Hilfsorganisationen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Abteilungen sowie die Bürgermeister, Gemeindemandatare und Quartierbetreiber.

Aus sicherheitstechnischen Gründen habe man sich zu einer noch engeren Zusammenarbeit entschlossen und eine eigene „Sicherheitsplattform" zur besseren Vernetzung und zum optimalen Austausch mit den „Verantwortlichen vor Ort" gegründet, meinte Prucher. Die „Sicherheitsplattform" garantiere durch den verbesserten Informationsaustausch schnelleres Handeln bei etwaigen Problemfällen, optimiere den Austausch der beteiligten Organisationen und schaffe frühe Erkennung von Radikalisierungstendenzen, hielt Prucher fest.

Slamanig sagte, in der „Sicherheitsplattform" vertreten seien das Land Niederösterreich mit den zuständigen Abteilungen, die Landespolizeidirektion Niederösterreich, die Fremdenpolizei, das Landesamt für Verfassungsschutz, das

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit
www.noe.gv.at/presse

Mag. Johannes Seiter
Tel: 0 27 42/90 05 - 12 17 4
E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl sowie Vertreter der Bezirkshauptmannschaften. Für jedes Quartier gebe es mittlerweile einen Polizeibediensteten, „der regelmäßig Kontakt zu den Betreibern hält", so der Landespolizeidirektor-Stellvertreter.

Nähere Informationen beim Büro LR Androsch unter 0699/13 03 11 66, Anton Feilinger, e-mail anton.feilinger@lr-androsch.at sowie bei der Landespolizeidirektion Niederösterreich unter 05/9133 30 1100, Oberst Markus Haindl, e-mail markus.haindl@polizei.gv.at.

Mag. Johannes Seiter
Tel: 0 27 42/90 05 - 12 17 4
E-Mail: presse@noel.gv.at